

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

Niederschrift

Europaausschuss

47. Sitzung

Informationsreise zur dänischen Minderheit nach Flensburg und

zum Joint Headquarter North East nach Karup

am Dienstag, dem 29. April und am Mittwoch, dem 30. April 2003

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Uwe Greve (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Hermann Benker (SPD) i.V.

Fehlende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD) Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Manfred Ritzek (CDU)

Ulrike Rodust (SPD)

Tagesordnung:	Seite
1. Informationsbesuch bei der dänischen Minderheit in Flensburg	4
Berichterstatter:	
- Uwe Prühs, stellvertretender Schulrat des dänischen Schulvereins	
- Erik Jensen, Rektor der Duborg Schule	
- Heinrich Schultz, Vorsitzender des Südschleswigschen Vereins,	
- Anke Spoorendonk, Vorsitzende des SSW	
2. Informationsbesuch bei dem Joint Headquarter Northeast in Karup, Dänemark	8
Berichterstatter:	
- MGen E.H. Lutz GE A, Chief of Staff JHQNE	
- CDR sg C. Dienst GE N	
- LtCol K. Schröder GE A, Staff Officer Military Cooperation	
- Col H.J. Gerber GE A, Branch Chief Military Cooperation	

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationsbesuch bei der dänischen Minderheit in Flensburg

Berichterstatter:

Uwe Prühs, stellvertretender Schulrat des dänischen
Schulvereins

Erik Jensen, Rektor der Duborg Schule

Heinrich Schultz, Vorsitzender des Südschleswigschen Vereins

Anke Spoorendonk, Vorsitzende des SSW

Uwe Prühs berichtet über die Entwicklung des dänischen Schulsystems: Der dänische Schulverein habe 8000 Elternmitglieder bei 1300 Mitarbeitern. Seit Anfang der achtziger Jahre bis heute seien die Schülerzahlen relativ konstant geblieben, während seit 1978 die Anzahl der Schulen rückläufig sei. Insgesamt gebe es zurzeit 49 dänische Schulen mit 5800 Kindern und 57 Kindergärten mit 1800 Kindern. Seit 1949 verfügten die Schulen der dänischen Minderheit über den Status staatlich anerkannter Privatschulen. Die Mitgliedschaft im dänischen Schulverein sei die Voraussetzung für die Aufnahme der Kinder in dessen Schulen und Kindergärten. Von den Eltern werde kein Schulgeld entrichtet.

Die Schulen seien zugleich Zentren für die gesamte Kulturarbeit der dänischen Minderheit und würden auch für kirchliche Andachten genutzt; ein Grund für die relativ hohen Betriebskosten.

60 % der Lehrer kämen aus Dänemark, 40 % verfügten über eine deutsche Staatsangehörigkeit, von denen fast alle der dänischen Minderheit angehörten.

Die Schulstruktur unterscheide sich von der deutschen dadurch, dass die Aufgliederung in integrierte Gesamtschule, Realschule und Gymnasium erst nach der sechsten Klasse der Grundschule erfolge. Je höher der Schulabschluss, umso größer sei der Schuleinzugsbereich und damit der Schulweg für die Kinder.

Ab dem 01.08.2003 werde eine integrierte Gesamtschule in Husum und voraussichtlich ab dem 01.08.2004 in Leck eingerichtet. Der dänische Schulverein bemühe sich gegenwärtig darum, die Finanzierung für die in Leck erforderlichen Schulumbaumaßnahmen einzuwerben. Die Schuleinzugsbereiche Flensburg und Schleswig stünden dem integrierten Gesamtschulsystem ebenfalls positiv gegenüber.

Hauptanliegen des dänischen Schulvereins sei die gesetzlich gesicherte Gleichstellung der dänischen Einrichtungen mit den öffentlichen Schulen und Kindergärten ab dem Jahr 2005.

Erik Jessen erläutert, dass die Duborg Schule ein Sechstel aller Schüler der dänischen Minderheit umfasse. Die Schule verfüge nicht über die dafür erforderlichen räumlichen Kapazitäten, so dass die Arbeitsformen nicht so entwickelt werden könnten, wie dies in Dänemark der Fall sei.

Das Abitur an der Duborg Schule und an deutschen Gymnasien sei gleichwertig. Die Schüler der dänischen Minderheit verfügten über den Vorteil, zweisprachig aufzuwachsen und in zwei Kulturen beheimatet zu sein. Gut 60 % der Abiturienten studierten in Dänemark.

Schüler aus Dänemark dürften nicht von der Duborg Schule aufgenommen werden. Umgekehrt könnten aber Schüler der dänischen Minderheit in Dänemark auf die Schule gehen.

Heinrich Schultz stellt die Struktur und die Aktivitäten des Südschleswigschen Vereins (SSF) vor: Der SSF umfasse ca. 14 000 Mitglieder. Er werde ergänzt durch 27 angeschlossene Vereine, die im gemeinsamen Rat zusammengeschlossen seien. Die dort geführte aktuelle Strukturdebatte verfolge das Ziel, die Außendarstellung der dänischen Organisationen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Die dänische Minderheit unterhalte sowohl mit den deutschen Grenzvereinen als auch mit den anderen Minderheiten, den Sorben, den Friesen und den Sinti und Roma eine gute und enge Zusammenarbeit.

Die Minderheiten verträten gemeinsam die politische Forderung, den Minderheitenschutz im Grundgesetz ebenso wie in der Europäischen Verfassung zu verankern. Sie setzten sich eben-

falls gemeinsam für die Einrichtung eines Minderheitengremiums beim Deutschen Bundestag ein.

Abg. Anke Spoorendonk führt in Bezug auf den Minderheitenbericht der Landesregierung 2002 folgende Punkte aus:

1. Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit ist nie so gut gewesen wie heute, wobei nicht vergessen werden darf, dass diese Entwicklung kein „Selbstgänger“ ist. Die Organisationen der Minderheit wissen zu schätzen, dass sich das Land – trotz einer angespannten öffentlichen Haushaltslage – seiner Verantwortung der Minderheit gegenüber bewusst ist. Zu begrüßen ist daher die Trendwende in der Finanzierung der Minderheitenarbeit, die mit dem Haushalt 2003 eingesetzt hat. Dabei dreht es sich um die Forderung nach gleichwertigen Rahmenbedingungen für die Kulturarbeit von Mehrheit und Minderheit in Schleswig-Holstein.
2. Dennoch gibt es nicht zuletzt im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten einige Probleme finanzieller Art, die es zu lösen gilt. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass sich auf Anregung der Landesregierung unter der Federführung des Bildungsministeriums mit dem dänischen Schulverein eine Arbeitsgruppe etabliert hat. Diese Arbeitsgruppe untersucht die Förderung unserer Schulen und prüft in dem Zusammenhang auch die Frage nach einer eigenständigen gesetzlichen Regelung außerhalb des Schulgesetzes – so zu sagen unter der Überschrift, dass die dänischen Schulen von ihrem Inhalt her öffentliche Schulen für die dänische Minderheit sind. Die wichtigste ungelöste Frage sind dabei immer noch die Schülerbeförderungskosten, doch auch die Änderung des KITA-Gesetzes könnte für den Dänischen Schulverein zu einem großen Problem werden
3. Die Kulturarbeit der dänischen Minderheit ist in erster Linie an die Angehörigen der Minderheit gerichtet. Sie wird aber auch in vieler Hinsicht als Angebot an die Mehrheitsbevölkerung aufgefasst. Das heißt, sie ist eine Bereicherung des Kulturlebens insgesamt und vielleicht sogar ein Standortfaktor. Dies sei angeführt, um deutlich zu machen, dass die Förderung der Minderheitenarbeit niemals eine Einbahnstraße ist. Es ist daher verständlich, dass der SSF im Forum des Minderheitenberichts konkret das „Museum am Dannewerk“ anspricht. Der SSF ist Träger des Museums, das immer

mehr als regionales Kulturangebot zu betrachten ist. Von daher wäre es folgerichtig, wenn sich die öffentliche Hand in irgend einer Form an der Finanzierung des Museums beteiligen würde.

4. Wie eingangs erwähnt, ist das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit – das psychologische Klima – nie so gut gewesen wie heute. Das Wissen um die dänische Minderheit – und um die anderen nationalen Minderheiten im Lande – ist dennoch eher mangelhaft. Daher arbeitet die Minderheit in den letzten Jahren bewusst daran, diese Unwissenheit abzubauen. Wir wollen unsere Präsenz im öffentlichen Raum stärken, was im Umkehrschluss aber auch heißt, dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien mehr als bisher ihrer Verantwortung in dieser Hinsicht bewusst werden müssen. Wir bedauern in diesem Zusammenhang, dass die Mehrheit des Landtages vor einigen Jahren die Strukturen der ULR änderte – mit dem Ergebnis, dass die dänische Minderheit in den Gremien der ULR nicht mehr vertreten ist.
5. Minderheitenpolitik spielt sich nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf den anderen Ebenen unseres gesellschaftlichen Lebens ab. In den Kommunen ist Minderheitenpolitik aber häufig nur eine „freiwillige Leistung“, daher wäre es wünschenswert, wenn sich Parlament und Landesregierung gemeinsam dafür einsetzen könnten, die Kommunen stärker einzubinden. Damit kein falscher Zungenschlag entsteht: es gibt Kommunen im Landesteil Schleswig, die in Sachen Minderheitenpolitik vorbildlich agieren; es gibt aber auch andere. Deshalb wäre es ein gutes Signal, wenn das Land moderierend tätig werden könnte.
6. Zusammen mit den anderen anerkannten Minderheiten in der Bundesrepublik ist die dänische Minderheit dabei, ein Konzept für eine Vertretung der Minderheiten auf Bundesebene umzusetzen. Das passiert nicht von heute auf morgen. Es wäre schön, wenn Sie sich in Ihren Bundestagsfraktionen dafür einsetzen könnten, dass dieses Konzept akzeptiert wird. Die schleswig-holsteinischen Minderheitengremien dienen dabei als Modell – auf Bundesebene bedeutet dies die Ansiedlung eines Minderheitengremiums beim Bundestagspräsidenten.
7. Minderheitenpolitik ist auch Europapolitik. Das wissen wir spätestens seit den Verhandlungen um die EU-Erweiterung. Dennoch ist es immer noch eine Tatsache, dass die EU keine Minderheitenpolitik hat. Wir bedauern dabei, dass das Europäische Konvent unseres Wissens nach nicht bereit sein wird, der im Landtag einstimmig beschlossenen Forderung, nach Aufnahme eines Minderheitenartikels in die EU-

Verfassung nachzukommen. Und wir regen an, dass sich der Ausschuss, z.B. in einer Anhörung, damit befasst, was die Möglichkeiten des EBLUL sind. Auch wenn das EBLUL nur begrenzt für Minderheitenpolitik steht, so wäre es schon ein Ansatz, diese Arbeit auf EU-Ebene näher kennen zu lernen.

Abg. Benker bemerkt, dass bei allen Fördermaßnahmen für die Schulen der dänischen Minderheit zunächst einmal hinterfragt werde, welche Auswirkungen dies auf die anderen Privatschulen haben könne. Bisher gebe es nur Regelungen unterhalb der gesetzlichen Ebene. Seines Erachtens sei ein Einbezug in das Schulgesetz einer eigenständigen gesetzlichen Regelung vorzuziehen.

Abg. Behm bittet um Auskunft, inwiefern sich die Schülerbeförderungskosten der öffentlichen Schulen von denen der Schulen der dänischen Minderheit unterscheiden.

Abg. Spoorendonk erläutert den Sachverhalt wie folgt: Die Schülerbeförderungskosten für öffentliche Schulen würden zu zwei Dritteln von den Kreisen und zu einem Drittel von den Schulträgern übernommen. Demgegenüber gingen die Schülerbeförderungskosten bei den Schulen der dänischen Minderheit zu einem Drittel zu Lasten der Schulträger, zu einem weiteren Drittel zu Lasten der Kreise und das letzte Drittel zu Lasten des Landes. Da nicht alle Schüler Fahrschüler seien, betrage der tatsächlich von dem Land getragene Anteil allerdings nur rund 7 % der Kosten. Folglich trage der dänische Schulverein faktisch die Hauptlast der Kosten. Diese beliefen sich auf mehr als 3 Mio € im Jahr. Der dänische Schulverein sei bemüht, die Kosten der Schülerbeförderung durch die Einrichtung integrierter Gesamtschulen (kürzere Schulwege) zu vermindern.

Abg. Greve bittet um eine Einschätzung zur Situation des Büchereiwesens der dänischen Minderheit.

Abg. Spoorendonk bemerkt, dass 80 % des Büchereiwesens der dänischen Minderheit vom dänischen Staat finanziert werde. Da es in Schleswig-Holstein kein Büchereigesetz gebe, handle es sich in diesem Bereich um eine freiwillige Leistung.

Heinrich Schultz weist auf die erforderliche Balance zwischen den dänischen und den deutschen Zuschüssen hin. Die von dieser Relation ausgehende moralische Wirkung sei nicht zu unterschätzen.

Renate Schnack stellt in Aussicht, dass die von der Landesregierung gemeinsam mit dem dänischen Schulverein und dem dänischen Jugendverband eingerichtete Arbeitsgruppe noch in dieser Legislaturperiode Vorschläge für eine Neuregelung der Schülerbeförderungskosten unterbreiten werde.

Abg. Spoorendonk bemerkt, es sei unangemessen, die finanzielle Situation der Minderheiten in verschiedenen Ländern zu vergleichen. Vielmehr gehe es darum, einzelstaatliche Förderung gerecht auf die Minderheit und die Mehrheitsbevölkerung aufzuteilen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Informationsbesuch bei dem Joint Headquarter Northeast (JHQ NE) in Karup

Berichterstatter:

MGen E.H. Lutz GE A, Chief of Staff JHQNE

CDR sg C. Dienst GE N

LtCol K. Schröder GE A, Staff Officer Military Cooperation

Col H.J. Gerber GE A, Branch Chief Military Cooperation

Die Berichterstatter führen aus: Das Joint Headquarter BALTAP (Baltic Approaches), ein gemeinsamer Verband von Heer, Marine und Luftwaffe, sei 1962 zur Zeit des Kalten Krieges eingesetzt worden, um die Ostseezugänge zu sichern. Das Kommando sei insbesondere für die Verteidigung von Dänemark und Schleswig-Holstein einschließlich Luftraum und angrenzende Gewässer verantwortlich und zwar unter Einbezug von weiteren NATO Militärkräften. Nach Beendigung des Kalten Krieges und Auflösung des Warschauer Paktes habe die NATO die Kommando- und Kontrolleinheiten mehrfach restrukturiert und das HQ BALTAP in das Joint Headquarter North East (JHQ NE) umbenannt.

Das Joint Command North East (JCNE) sei verantwortlich für Sicherheit und Stabilität in Nordeuropa. Die Vorbereitung neuer NATO Mitglieder auf die Anforderungen des Bündnisses und die Partnerschaftsprogramme zur Friedenserhaltung (Partnership for Peace) mit NATO und Nicht NATO Mitgliedern seien weitere wichtige Aufgaben. - Die joint subregional Commands würden in den Jahren 2004 und 2005 aus der NATO Kommandostruktur entfernt und aufgelöst werden.

Die NATO Kommandostruktur) ist in Anlage 1 dargestellt (zwei gleichberechtigte Hauptquartiere in Norfolk und Mons, die Regionalkommandos Nord und Süd in Brunssum und Neapel, die Teilstreitkräfte CC Nav, CC Air, CC Land auf der dritten Ebene sowie darunter die joint subregional Commands, z.B. Karup).

Die Struktur des JHQ NE, die beteiligten Nationalitäten, der Auftrag sowie die neuen NATO Kommandostrukturen (Hauptquartiere, auf Verlegbarkeit ausgerichtete Einheiten, Teilstreitkräfte und Luftwaffenführungszentralen) sind ebenfalls in Anlage 1 aufgeführt.

Die Partnership for Peace (PfP) sei 1994 ins Leben gerufen worden. 46 NATO und nicht-NATO Staaten beteiligten sich an dem Programm, wobei jede Nation selbst festlege, in welchem Umfang sie teilnehme. Russland sei das einzige Land, das bisher noch nicht an der PfP mitgewirkt habe.

Die Aufgaben und Ziele der PfP sind in Anlage 2 beschrieben.

Ein Überblick über die Integration neuer NATO Mitglieder, die Rahmenbedingungen von denen dabei auszugehen ist und die Rolle, die in diesem Zusammenhang dem JHQ NE zufällt, sind der Anlage 3 zu entnehmen.

- Die Anlagen liegen nur in schriftlicher, nicht aber in elektronischer Form vor. Sie können im Ausschussbüro eingesehen werden. -

In der Diskussion führt Lt Gen J. Scharling DA A, Commander JCNE, aus, dass die Relationen zwischen der NATO und der UN, aber auch die Rolle der NATO selbst neu definiert werden müssten. Die USA und Großbritannien nähmen zurzeit eine herausragende Stellung in der NATO ein; Deutschland spiele kaum eine Rolle. Deutschland müsse enorme Anstrengungen unternehmen und Kosten aufwenden, um wieder Bedeutung in der NATO zu erlangen.

Die globalen Herausforderungen, mit denen die NATO konfrontiert werde, seien nicht ausschließlich auf Verteidigung ausgerichtet, sondern würden vielmehr ein Interessen definiertes Handeln verlangen. Die Irak Krise sei hierfür nur ein Beispiel. Die NATO sei nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Organisation.

Die NATO übernehme immer mehr Aufgaben in dem Bereich Konfliktprävention. So sei z.B. der Aufkauf von Uran aus Russland durch die USA und dessen Umwidmung für zivile Zwecke eine wichtige sicherheitspolitische Maßnahme.

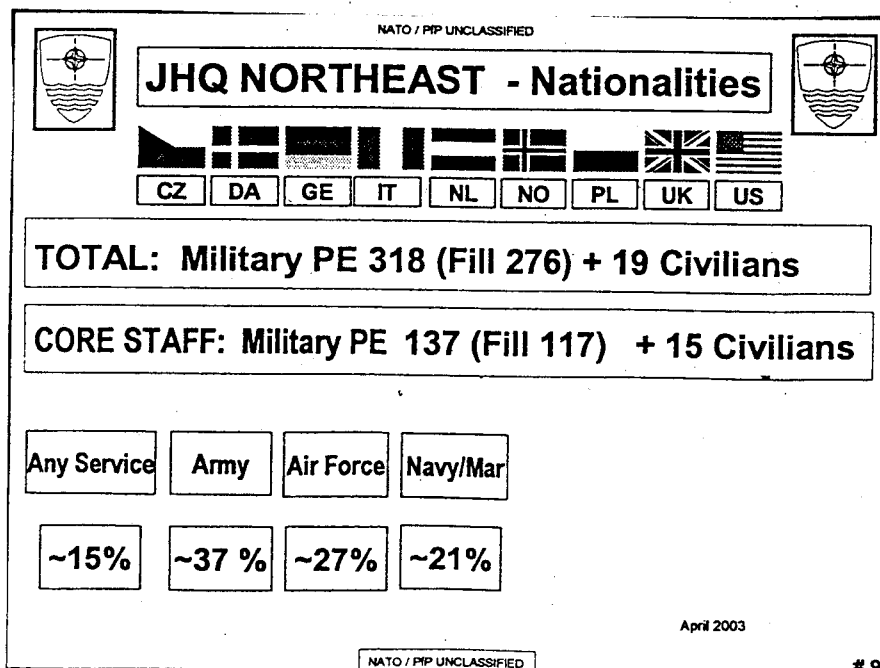
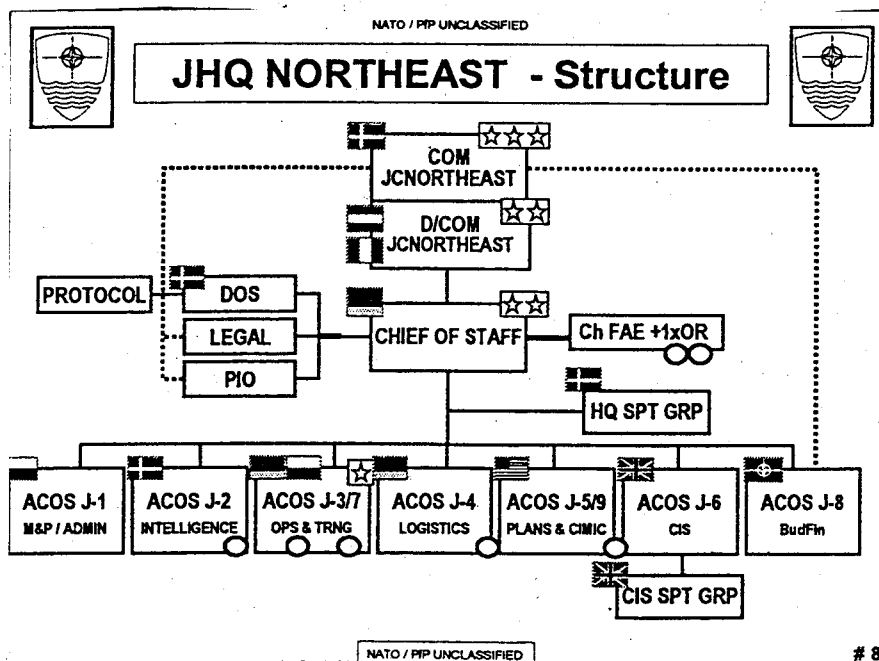
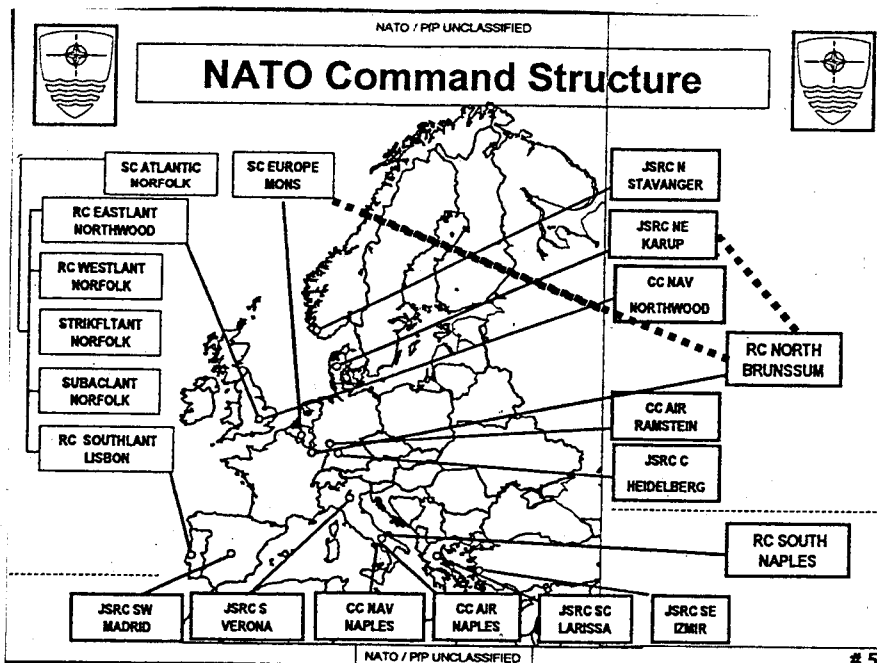
Abg. Benker erwähnt den Vierergipfel der Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Luxemburgs am 29. April in Brüssel und deren Projekt einer europäischen Verteidigungsunion. Dabei gehe es um die Stärkung des europäischen Pfeilers in der Allianz. Bundeskanzler Schröder habe geäußert, dass es innerhalb der NATO nicht zu viel Amerika, sondern zu wenig Europa gebe.

Lt Gen J. Scharling DA A entgegnet, die Planung und Führung militärischer Einsätze sei Aufgabe der NATO. Es sei kontraproduktiv, eine koordinierende Rüstungsagentur einzurichten und sich damit von der NATO abzuwenden.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzender

gez. Jutta Schmidt Holländer
Protokollführerin i.V.

Anlage 1





JCNE Mission



Anlage 1

- Security & territorial integrity.
- Operations.
- Peace & stability.
- Crisis management.
- Expanded roles & missions.



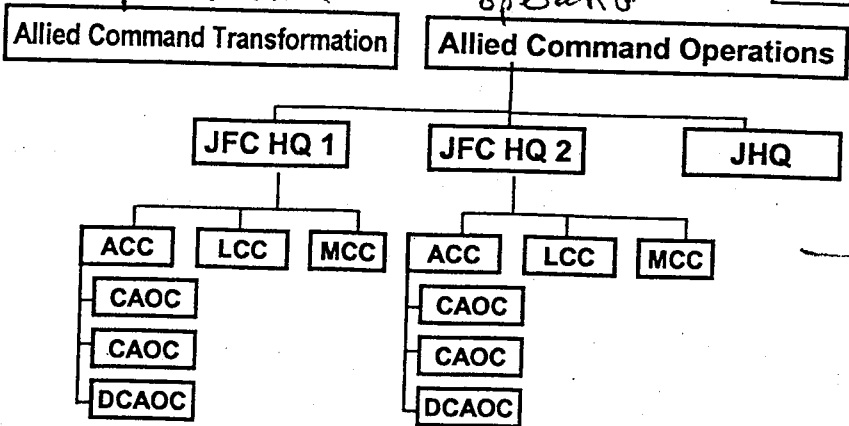
Training and Exercises



- Within the Regional programme.
- Maintain & improve joint operational capabilities of JCNE & forces constituting a joint force.
- Partnership Work Programme (briefing by LTC Schroeder)
- Integration of new NATO members (briefing by COL Gerber)



New NATO Command Structure



Land (6+3) and Maritime (3) Graduated Reaction Forces HQs

PfP Objectives

- Transparency in National Defence planning and budgeting
- Democratic Control of Armed Forces
- Capability and readiness to contribute to Operations under UN/OSCE auspices

NATO / PIP UNCLASSIFIED

Anlage 2

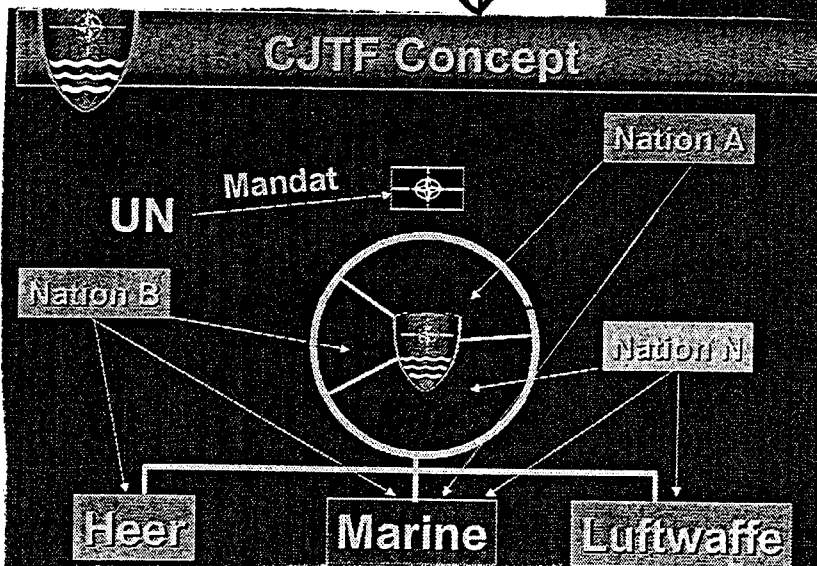
NATO / PIP UNCLASSIFIED

Military Objectives of PfP

- Befähigung der Partner Nationen an Einsätzen teilzunehmen (missions in peacekeeping, search and rescue, humanitarian operations ...)
- Entwicklung der Streitkräfte zu einem Zusammenwirken mit denen der NATO

NATO / PIP UNCLASSIFIED

CJTF Concept



NATO / PIP UNCLASSIFIED

Zusammenfassung

- Cultivate close contacts and fruitful co-operation with Partners
- Make use of partners' possibility to play a active role
- JHQNE's PWP
 - meets partner's requirements
 - Initiative 'Training Partner NCOs'
 - accepted PfP wide
- Increasing Interest
- Initiative 'RUSSIA back in BALTIC SEA AREA PfP Cooperation'
- Involve Partners in preparation of PfP Exercises

NATO RESTRICTED

Rahmenbedingungen PL ARMED FORCES

	HEER	LUFTWAFFE	MARINE	GESAMT
1989				450 000
1995	220 000	75 000	18 000	313 000
1998	145 000	50 000	15 000	210 000
2003	88 000	31 000	12 000	131 000


NATO RESTRICTED # 4

- NATO RESTRICTED
- Rahmenbedingungen PL ARMED FORCES**
- Reduzierungen von 450 000 (1989) auf 132 000 (heute)
 - Handicap der 'personellen Kontinuität'
 - 'Offizierlastig'
 - Kein ausgebildetes Unteroffizierkorps
 - 'Kader fühlen sich bedroht'
 - Korps LANDJUT (RENDSBURG) - MNC NE (STETTIN) Trainingsmodell
 - Besetzung von PL Dienstposten in NATO Hauptquartieren
 - Mengen überflüssigen sowjetischen Materials
 - Teilnahme an Operationen wie IFOR, SFOR, KFOR
- NATO RESTRICTED # 5

NATO RESTRICTED


NATO GIPFEL PRAG NOVEMBER 2002

BULGARIEN
 ESTLAND
 LETTLAND
 LITAUEN
 RUMÄNIEN
 SLOWAKEI
 SLOVENIEN



BEITRITT MAI 2004

NATO RESTRICTED # 7

NATO RESTRICTED




Rahmenbedingungen EST/LAT/LIT ARMED FORCES




- Streitkräfte nach Unabhängigkeit 'von Null' aufzubauen
- Wenige sowjetisch ausgebildete 'erfahrene' Offiziere
- Viele junge im Westen ausgebildete aber unerfahrene Offiziere
- Kein ausgebildetes Unteroffizierkorps
- 'Territorialverteidigungsorientiert'
- Material 'zusammengewürfelt'
- EST/LAT/LIT Kooperation
 - BALTBAT
 - BALTNET
 - BALTRON
 - BALTDEFCOL
- Beteiligung an Operationen wie SFOR/KFOR/ISAF

NATO RESTRICTED # 10

NATO RESTRICTED



ZUSAMMENFASSUNG



- Erfolgreiche Ausbildung und langjährige enge Zusammenarbeit mit PL ARMED FORCES
- AFNORTH verantwortlich für EST/LAT/LIT/SLK
- Integration ICs NR als Operation zu planen und durchzuführen
- Dauer: bis zu 10 Jahren
- JCNE verantwortlich für JOINT TRAINING EST/LAT/LIT
- So lange Kapazitäten vorhanden:
 - Workshops
 - Expert/Mobile Training Teams
 - On The Job Training
 - Teilnahme ICs' Reps an JCNE Konferenzen

➔ JHQNE – 'bis nahe zur Auflösung' das NATO HQ für
Kooperation im Ostseeraum

NATO RESTRICTED # 14